

Beschlüsse

Stadtparteitag am 30.11.2019



Antrag K 1

EinreicherIn: OV Leipzig-Südost
beschlossen

Intensivierung der Verkehrserziehung von Radfahrenden

Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteitag möge beschließen und an die SPD-Fraktion im Stadtrat weiterleiten.

1. Die Verkehrserziehung von Kindern wird verpflichtend in die Bildungspläne für Kindertageseinrichtungen aufgenommen.
2. Die Sanierung und den Ausbau von Verkehrserziehungsplätzen werden forciert und entsprechende Finanzmittel bereitgestellt.
3. Die Stadt Leipzig initiiert eine Medienkampagne zur Sensibilisierung von Radfahrenden aller Altersstufen für gefährliche Verkehrssituationen.
4. Die Einbindung von Radverkehrsinitiativen, ADFC, DEKRA, TÜV in die städtischen Maßnahmen soll erweitert werden.

Der Parteitag möge beschließen und an den Landesparteitag der SPD-Sachsen und die SPD-Landtagsfraktion weiterleiten:

1. Die Verkehrserziehung soll für alle Schularten verpflichtend in die Lehrpläne aufgenommen werden.
2. Der Freistaat Sachsen stellt für die Umsetzung dieser Vorgaben ausreichend Personal zur Verfügung.

Der Freistaat Sachsen initiiert eine sachsenweite Kampagne zur Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmenden für die besondere Gefährdung von Radfahrenden im Straßenverkehr.

Antrag K 2

EinreicherIn: OV Südost & OV Mitte
beschlossen

Abbiegeassistenten für kommunale LKWs nachrüsten

Der Parteitag möge beschließen:

Alle für die kommunalen Eigenbetriebe und die Stadt Leipzig sowie den städtischen Beteiligungen neu angeschafften LKW müssen mit einem Abbiegeassistenten ausgestattet sein. Zudem müssen im Laufe der kommenden zwei Jahre alle alten im Einsatz befindlichen Fahrzeuge der kommunalen Eigenbetriebe mit einem entsprechenden Abbiegeassistenzsystem nachgerüstet werden. Im Leipziger Haushalt muss daher ein entsprechender Posten eingerichtet werden. Leipzig muss bei diesem Thema beispielhaft vorangehen und noch vor den gesetzlichen Verpflichtungen durch die EU ein Zeichen setzen.

Antrag K 3

EinreicherIn: OV Leipzig-Südost
beschlossen

Kommunale Gebäude vielseitig nutzen

Der Parteitag möge beschließen:

Der Bau und Betrieb kommunaler Gebäude ist aufwendig und kostspielig. Durch den Bevölkerungsanstieg entsteht ein zusätzlicher Bedarf z.B. an Schulen und Kindergärten, genauso aber an Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Die SPD Leipzig setzt sich deshalb dafür ein, dass kommunale Gebäude zukünftig einer vielseitigen Nutzung zugänglich gemacht werden. Dies betrifft insbesondere den Neubau bzw. die Sanierung von Gebäuden, wie z.B. die neuzubauende Schule am Täubchenweg (Schraderhaus).

Schon bei der Planung ist darauf zu achten, dass z.B. durch die Schaffung verschiedener Eingangsbereiche oder aber durch modulare, bauliche Abtrennung die Möglichkeit besteht, dass ein Teil der Gebäude z.B. für Kultur- und Freizeitaktivitäten (Theater, Lesungen, Diskussionsrunden, Bürger/-inneninformationsabende etc.) genutzt werden kann.

Dabei soll sichergestellt werden, dass auch Vereine und Verbände diese Räume zeitweise nutzen können.

Antrag K 4

EinreicherIn: OV Mitte
beschlossen

Einrichtung von genderneutralen öffentlichen städtischen Wickelräumen

Der Parteitag möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert ein Konzept für Einrichtung von öffentlichen Wickelräumen, die allen offen stehen, zu erarbeiten. Im Vordergrund stehen sollte dabei, dass Wickelräume dort entstehen, wo bisher wenig bis keine Alternativen (z.B. für alle zugängliche Wickelräume in nahen Gastronomie) vorhanden sind.

Antrag K 5

EinreicherIn: OV Mitte

beschlossen

Leipzig in kinderfreundlicher Atmosphäre: Wickeltische in öffentlichen Gebäuden und Gastronomie

Der Parteitag möge beschließen:

Wir Sozialdemokraten/innen wollen in einer Stadt leben, in der eine kinderfreundliche Atmosphäre herrscht und in der sich Menschen mit einem Gefühl des Willkommenseins für Kinder entscheiden. Zur kinderfreundlichen Atmosphäre gehört auch, dass Eltern auch mit einem Baby Teil des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens werden können und damit auf Teilhabe nicht verzichten müssen.

Leider ist diese Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben an vielen Stellen eingeschränkt, an denen sie nicht eingeschränkt sein müsste. Oftmals mangelt es schon an Kleinigkeiten, die aber grundlegenden Charakter vorweisen. So ist bspw. eine zuverlässige Versorgung mit Wickelgelegenheiten in unserer Stadt derzeit nicht gewährleistet. Das Vorfinden eines sicheren, sauberen, säuglingsgerechten Wickeltisches in öffentlichen Gebäuden oder in der Gastronomie gleicht einem Lotteriespiel, bei dem oftmals die Kleinsten die Nieten einstecken müssen. Ein Zustand, der mit Blick auf das Wohlbefinden, die Pflege und die Gesundheit der Babys in unserer Stadt nicht akzeptabel ist. Dies wollen wir ändern! Wir wollen, dass sich Eltern zukünftig darauf verlassen können, ihre Babys in Behörden, im Café oder im Zug unter angemessenen Bedingungen wickeln zu können!

Wir fordern daher, dass in öffentlichen Gebäuden der Stadt zugänglichen Wickeltisch (inkl. angemessener Beleuchtung und säuglingsgerechter Temperierung bzw. mit Wärmelampe) - zugänglich für alle Geschlechter - zur Verfügung stehen.

In der Gastronomie wollen wir sicherstellen, dass Babys zukünftig zuverlässig gewickelt werden können und Eltern dadurch beruhigt zu Gast sein können. Die Gaststättenverordnung des Freistaates soll daher so geändert werden, dass künftig jeder Gastronomiebetrieb über 50 m² Schank- und Speiseraumgrundfläche über mindestens einen Wickeltisch mit angemessener Beleuchtung und säuglingsgerechter Temperierung bzw. mit Wärmelampe vor Ort verfügt. Der Wickeltisch kann als platzsparender Klappstisch ausgeführt werden. Dieser Wickeltisch kann in einem sanitären Multifunktionsraum ohne Geschlechtertrennung erfüllt werden. Sollte diese Erfüllung in einem Raum mit Geschlechtertrennung stattfinden, so ist jeweils ein Wickeltisch in den Räumlichkeiten aller Geschlechter zu erfüllen.

Antrag K 6

EinreicherIn: Arbeitsgemeinschaft für Bildung

beschlossen

Einbezug pädagogischer Fachkräfte in die Bauplanung neuer Gebäude

Der Stadtparteitag möge beschließen und an die Stadtratsfraktion weiterleiten:

Die SPD Stadtratsfraktion setzt sich für die Einbindung von pädagogischen Fachkräften bei der Bauplanung von Kindertagesstätten und Schulgebäuden ein. Zukünftig sollen sie bei jedem Bauvorhaben in den Planungsprozess ab Phase Null (siehe "Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland", Montag-Stiftungen) mit einbezogen werden, um bereits im Bauplanungsprozess pädagogisches Fachwissen einfließen zu lassen. Dabei sollen nicht nur pädagogische Aspekte beachtet werden, sondern auch die Bedürfnisse des Stadtteils Berücksichtigung finden. Für Schulen spielen dabei Anforderungen wie Inklusion und Ganzttag ebenso eine wesentliche Rolle wie die zukünftige Nutzung der Gebäude als Gemeinschaftsschulen.

Antrag K 8

EinreicherIn: AK Stadtentwicklung & Umwelt

Beschlossene Fassung mit Ä 02 und 05

S-Bahn-Netz weiterentwickeln

Der Parteitag möge beschließen:

Leipzigs S-Bahn ist eine Erfolgsgeschichte. Wir wollen sie fortsetzen und weiterentwickeln. Die S-Bahn wird ein Schlüssel für eine nachhaltige und soziale Stadt der Zukunft sein: sie verbindet Stadt und Umland klimafreundlich und sie bringt Gewerbegebiete und umliegende Städte mit ihren Wohnungen und Infrastrukturen näher an Leipzig. Leipzig hört nicht an der Stadtgrenze auf, Leipzig ist Zentrum einer Metropolregion, die in Zukunft noch besser durch die S-Bahn verbunden sein soll. Um die Erfolgsgeschichte der S-Bahn weiterzuentwickeln machen wir die folgenden Vorschläge.

I. Infrastruktur ausbauen

Wir wollen die bestehende Infrastruktur stärken und belastbarer machen. Das Nadelöhr City-Tunnel wollen wir durch den Einsatz digitaler Signaltechnik (ECTS-II) weiten. Mit ECTS-II ist theoretisch ein 2-Minuten-Takt im Tunnel möglich. Auch ohne die neue Technik sollen schon kurzfristig durch einen 4-Minuten-Takt mehr Züge im Tunnel unterwegs sein (13 Züge pro Stunde je Richtung).

Wir wollen die bestehenden S-Bahnhöfe aufwerten. Hoch frequentierte S-Bahnhöfe sollen so schnell wie möglich vollständig überdacht werden, damit beim Umsteigen niemand im Regen stehen muss. Zudem wollen wir neue Umstiegspunkte zwischen dem Regionalverkehr und der S-Bahn schaffen und dafür den Bahnhof Leutzsch, Paunsdorf und Leipzig Nord attraktiver machen. Am Bahnhof Leipzig Nord sollen in Zukunft alle S-Bahnen in Richtung Norden halten können.

Die bestehende Infrastruktur soll aber auch durch weitere S-Bahnhöfe ergänzt werden. Dabei setzen wir uns vor allem ein für

- Haltepunkte an allen wichtigen Leipziger Gewerbegebieten, insb. in Seehausen (Neuansiedlung Florena) und Radefeld (Porsche),
- mehr Haltepunkten im Stadtgebiet, bspw. an der Arno-Nietzsche-Straße (Haltepunkt Marienbrunn), in Sellerhausen an der Strecke nach Anger Crottendorf und zwischen dem Hauptbahnhof und Gohlis
- die Verlegung und der Ausbau des Bahnhofs Paunsdorf, um in Zukunft auch ein Haltepunkt für S-Bahnen aus Anger-Crottendorf zu sein.

Das S-Bahn-Netz der Zukunft braucht neue Strecken. Wir wollen die Verbindungskurve von Grünau nach Makranstädt vorantreiben. Damit das S-Bahn-Netz weiter wachsen kann, unterstützen wir die Ertüchtigung der Strecken nach Chemnitz, Zeitz, Merseburg

und Grimma unabhängig davon, ob die Strecken elektrifiziert oder fit für Wasserstoff-S-Bahnen gemacht werden.

Wir wollen zudem Visionen für die Zukunft der S-Bahn vorantreiben und unterstützen Prüfaufträge für einen Ost-West-City-Tunnel und einen S-Bahn-Ring um Leipzig.

II. Liniennetz ausweiten

Ab 2025 soll das S-Bahn-Netz schrittweise ausgeweitet werden. Wir verfolgen damit das strategische Ziel, die S-Bahn auch als Verkehrsmittel für Strecken innerhalb von Leipzig attraktiv zu machen, weil in der wachsenden Stadt die Wege immer weiter werden. Zudem soll das Umland näher an Leipziger heranrücken und die Anbindung an Gewerbegebiete am Stadtrand soll deutlich verbessert werden. Dafür braucht es mehr umstiegsfreie Verbindungen und perspektivisch auf allen Strecken einen 15-Minuten-Takt durch mehrere Linien. Deshalb setzen wir uns ein für

- die Verlängerung der S3 im Süden nach Borna,
- die Verlängerung der S6 im Norden bis Bitterfeld,
- die Verlängerung der S1 im Osten bis Wurzen,
- die Verlängerung der S2 im Süden nach Altenburg nach dem Vorbild der S
- die Prüfung einer zusätzlichen Linie von Leipzig Engelsdorf nach Schkeuditz

Perspektivisch wollen wir die neu ausgebauten Strecken in das S-Bahn-Netz integrieren und es über Kleinzschocher, Großzschocher und Knautkleeberg nach Zeitz, über Paunsdorf, Mölkau, Baalsdorf und Liebertwolkwitz nach Chemnitz, nach Grimma, über Leuna Merseburg und nach Weißenfels ausweiten.

III. Züge verbessern

Die Zeit überfüllter Züge, fehlender Zugteile und Zugausfälle soll der Vergangenheit angehören. Dafür soll das S-Bahn-Netz ab 2025 mit einer ausreichenden Anzahl von Zügen bedient werden. In den Ausschreibungen ist daher eine notwendige Mindestanzahl von Zügen vorzuschreiben, statt auf Vertragsstrafen zu setzen. Die Züge, die für die Leipziger S-Bahn eingesetzt werden, sollen über mehr sog. Flutungsfläche und Türen verfügen, als bisher, damit Fahrgäste auch in eine volle S-Bahn noch besteigen können und das Ein- und Aussteigen möglichst schnell abläuft. Doppelstock-S-Bahnen kommen deshalb für uns nicht in Frage, wir setzen uns für Züge nach dem Vorbild anderer deutscher Großstädte wie Berlin, München oder Frankfurt ein.

IV. Fahrradmitnahme entspannen

In der S-Bahn werden immer mehr Fahrräder mitgenommen. Wir begrüßen das als eine Form nachhaltiger und multimodaler Mobilität. Dennoch kommen die Züge an ihre Kapazitätsgrenzen. Der steigenden Anzahl mitgenommener Fahrräder wollen wir weder durch eine deutliche Ausweitung der Fahrradflächen in den Zügen noch durch restriktive Tarife begegnen, sondern durch die kluge Verbindung von S-Bahn und Bikesharing. Denn wer am Ziel ohne Zusatzkosten mit einem gemieteten Fahrrad weiterfahren kann, hat keinen Anreiz sein Fahrrad mitzunehmen. Voraussetzung ist,

dass in allen mitteldeutschen Zentren ein einheitliches Bikesharing-System besteht, das für Abo-Kunden kostenlos nutzbar ist. Zudem braucht es an allen Stationen ausreichende und sichere Abstellmöglichkeiten für das eigene Fahrrad. Dafür wollen wir uns gemeinsam mit der Sozialdemokratie in den umliegenden Städten und Kreisen einsetzen.

V. S-Bahn in die Stadt integrieren

Die S-Bahn kann nur funktionieren, wenn die S-Bahnhöfe gut mit Bus, Straßenbahn, Park+Ride und Fahrradparkhäusern erschlossen sind. In den nächsten Jahren wollen wir in diesem Bereich wesentliche Fortschritte erzielen.

Dafür wollen wir die Station am Wilhelm-Leuschner-Platz zu einem zweiten zentralen Umsteigepunkt entwickeln und so den Hauptbahnhof entlasten. Das wollen wir bei der Weiterentwicklung des Straßenbahnnetzes beachten und eine Fahrradgarage am südlichen Eingang zur S-Bahn-Station am Wilhelm-Leuschner-Platz errichten. Neben der S-Bahn-Haltestelle Wilhelm-Leuschner-Platz soll – insbesondere dort wo perspektivisch neue Stadtquartiere entstehen – auch an allen weiteren Haltestellen die Errichtung von Fahrradgaragen überprüft werden.

Um Leipzig vom Pendlerverkehr mit dem Auto zu entlasten, sollen P+R-Stationen entstehen, die an den Haltestellen Schkeuditz-West, Leipzig Engelsdorf und Leipzig Messe jeweils in der Nähe der Autobahn entstehen können. Kunden der Ticketmodelle ABO, AZUBI, sämtlicher „Schüler“-Tarife, Monatskarte(n), Ferienticket, Jobticket, Leipzig-Pass-Mobil und Wochenkarte(n) sollen dort kostenlos parken dürfen.

Tram, Bus und S-Bahn müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Bus- und Straßenbahnhaltestellen mit Umstieg in die S-Bahn sollen in Zukunft immer nach den S-Bahnhöfen benannt und deutlich gekennzeichnet werden. Um ÖPNV und S-Bahn besser zu verbinden, wollen wir bei der Umsetzung des Nahverkehrsplans zahlreiche Einzelmaßnahmen berücksichtigen:

- S-Bahnhof Leutzsch: Verlängerung der Linien 67 und 74.
- S-Bahnhof Wahren: Verlängerung Tram 10
- S-Bahnhof Essener Straße: Bessere Umstiegshaltestelle für Linie 80, 85 an der Essener Straße in der Unterführung
- S-Bahnhof Messe: Anbindung von Wiederitzsch an S-Bahn Messe durch neue Strecke und Taktverdichtung für Linie 87
- S-Bahnhof Thekla: Veränderte Linienführung 70 und 79 durch Heiterblickstr. und Braunstr. mit Halt direkt am S-Bahnhof Thekla
- S-Bahnhof Heiterblick: Anbindung durch Bus von Thekla nach Paunsdorf oder Quartiersbus für Gewerbegebiet prüfen
- S-Bahnhof Engelsdorf: Haltestelle für 72, 73 und 172 direkt auf der Brücke am Bahnhof Engelsdorf
- S-Bahnhof Anger Crottendorf: Verlängerung der Linie 60
- S-Bahnhof Stötteritz oder S-Völkerschlachtdenkmal: Verlängerung Linie 74
- S-Bahnhof Stötteritz: Verlegung der Haltestelle direkt an den S-Bahnhof
- S-Bahnhof Plagwitz: Verlegung Bushaltestelle in die Unterführung
- S-Bahnhof Lützschena: Anbindung mit einem Quartierbus prüfen

Antrag K 9

EinreicherIn: AK Stadtentwicklung & Umwelt
beschlossen

Ehemaligen Güterbahnhof Engelsdorf zu einem neuen Stadtquartier entwickeln!

Der Parteitag möge beschließen:

Leipzig soll ein bezahlbares Zuhause für alle sein! Deshalb setzen wir Mietsteigerungen, Gentrifizierung und Verdrängung eine entschlossene soziale Wohnungspolitik entgegen. Wesentlicher Baustein dieser Politik ist, dass in Leipzig viele neue, bezahlbare Wohnungen in lebenswerten Quartieren gebaut werden. Deshalb wollen wir auch das Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs in Engelsdorf entwickeln und dort Platz für ein neues Viertel schaffen.

Mit der Entwicklung dieser Fläche besteht die Chance, den Leipziger Osten und eingemeindete Ortsteile zusammen zu führen und die Brüche in der städtebaulichen Entwicklung zu heilen. Um diese Chance zu nutzen, soll ein Konzept für die Entwicklung im Dialog mit den Bürger*innen in den umgebenden Stadtteilen und dem Ortschaftsrat Engelsdorf entwickelt und basierend darauf ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben werden. Dabei sollen unter anderem Fragen der Gestaltung des neuen Viertels, der Verbindungen nach Paunsdorf, der Dichte und Höhe der Bebauung, der Nutzungsmischung und des Erhalts der historischen Struktur mit Gleisen und Bahngebäuden im Mittelpunkt stehen. Die Gewerbe entlang der Hans-Weigel-Straße sind in diesen Prozess einzubeziehen. Mit den bisherigen Nutzer*innen soll frühzeitig das Gespräch gesucht werden, um sie in die Entwicklung zu integrieren oder alternative Standorte zu finden.

Wir setzen uns für die Entwicklung des neuen Quartiers zunächst folgende Ziele:

- Mindestens 2000 neue Wohnungen, Raum für Kindertagesstätten, Schulen, kulturelle und soziale Einrichtungen sowie Einkaufsmöglichkeiten
- Mindestens 30% geförderter Wohnungsbau
- Klimaangepasstes Quartier, das auch bei Starkregen, Hitze und Dürre gesunde Lebensbedingungen bietet
- 30 % der Freiflächen sollen ökologisch bewirtschaftet werden (ökologische Freiflächenpflege)
- Stadtteilparks als öffentliche Grünflächen, Spielplätze und Begegnungszentren
- Autoarmes Quartier mit kurzen Wegen und eine guten ÖPNV-Anbindung insb. durch die anliegenden S-Bahnhöfe
- Anschluss an die Innenstadt mit einem Radschnellweg bis zum Parkbogen Ost

Während der Planungen, soll das Gelände für Zwischennutzungen geöffnet werden. Es werden Räume für Kunst, Kultur, Nachbarschaft und Gemeinschaft entstehen, die das neue Viertel prägen, ehe es überhaupt entsteht. Bürger*innenfeste, kleine Festivals, Sommerkinos und andere Veranstaltungen, die in Leipzig sonst immer weniger Platz haben, werden auf dem Gelände während der Entwicklung zu einem Wohnquartier Freiräume finden. So werden alle Leipziger*innen, nicht nur die späteren Bewohner*innen, den neuen Stadtraum erkunden und erobern. Um Ideen gemeinsam zu entwickeln, soll vom Beginn der Planungen an ein Quartiersmanagement finanziert werden. Zwischennutzungen sollen in die Planung mit einbezogen werden und können sich später in das neue Viertel einfügen.

Wir wollen die Entwicklung nicht privaten Investoren überlassen und halten es deshalb für einen großen Fehler, dass die Stadt Leipzig in den vergangenen Jahren häufig vom Kauf wichtiger Flächen für die städtebauliche Entwicklung abgesehen hat. Denn in der Vergangenheit haben wir in Leipzig erlebt, dass sich große Wohnungsbauprojekte in privaten Händen erheblich verzögern oder gar zum Spekulationsobjekt werden. Am bayrischen Bahnhof vergingen Jahre des Streits mit dem Investor, und auf dem Eutritzscher Freiladbahnhof lähmen Eigentümerwechsel den Fortschritt. Wir wollen in Engelsdorf einen Stadtteil für die Leipziger Bürger*innen und nicht für einen Investor entwickeln. Aus diesem Grund soll die Stadt Leipzig die Grundstücke schnellstmöglich erwerben und zur Absicherung ein Vorkaufsrecht bestellen.

Nach Abschluss der Beteiligung und der Planungen sollen die Grundstücke überwiegend mit einer Konzeptvergabe an die besten Ideen und nicht an die meistbietenden Investoren vergeben werden. Vorzugsweise sollen Grundstücke nicht verkauft, sondern im Rahmen von Erbbaupachtverträgen genutzt werden. Die LWB und genossenschaftlichen Initiativen aus Leipzig sollen eine zentrale Rolle bei der Bebauung und als Kooperationspartner bei der Entwicklung des Stadtviertels spielen. Auch die Stadt selbst soll Grundstücke bspw. für soziale Infrastrukturen und öffentliche Sport- und Freizeitflächen behalten und bebauen.

Antrag K 10

EinreicherIn: OV Südost
beschlossen

Ein Kulturhaus für Stötteritz

Der Parteitag möge beschließen:

Die Stadt Leipzig soll in Stötteritz ein Kulturhaus ermöglichen. Hierfür sind entsprechende Haushaltsmittel vorzuhalten. In diesem Haus sollen verschiedene Vereine und Verbände die Möglichkeit zur Nutzung für (ehrenamtliche) Arbeit erhalten.

Wichtig bei der Errichtung eines Kulturhauses ist die Anbindung für mögliche Besucher/-innen und ein wirtschaftlicher Betrieb für die Vereine und Verbände.

Im Stadtrat und durch die Verwaltung soll geprüft werden, wem z. B. das Bahnhofsgebäude Stötteritz gehört und ob dieses von der Stadt gekauft und Instand gebracht werden kann.

Des Weiteren soll geprüft und später ausgeschrieben werden, ob es einen Trägerverein für ein Kulturhaus in Stötteritz geben kann.

Antrag K 11

EinreicherIn: OV Ost-Nordost

Beschlossene Fassung mit ÄA 01

Aufwertung von Leipzigs Park- und Grünanlagen

Der Parteitag möge beschließen:

In der wachsenden Stadt Leipzig kommen Parks und Grünflächen wichtige Funktionen als Orte der Erholung, sportlich-spielerischen Betätigung und des sozialen Miteinanders zu. Leider fehlt es in der Fläche an Ausstattungen, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern und um die Grundbedürfnisse der steigenden Anzahl an Besuchenden abzudecken. Die öffentlichen Park- und Grünanlagen sind dabei an die tatsächlichen Nutzungsanforderungen und Bedarfe anzupassen. Die Stadtratsfraktion wird daher gebeten folgende Punkte in Form von Einzelanträgen oder eines Gesamtantrags in den Stadtrat einzubringen:

1. Flächendeckendes Konzept zur Umsetzung öffentlicher, kosten- und barrierefreier Toiletten in Leipzigs Park- und Grünanlagen, unter besonderer Berücksichtigung zur Nähe von Spielplätzen und Freizeitanlagen.
2. Umsetzungskonzept zur Schaffung öffentlicher Trinkwasserspender in Leipzigs Park- und Grünanlagen
3. Ausweitung des Papierkorbkonzepts mit Erweiterung um bedarfsorientierte Mülltonnen für die Sommermonate und Hundekotmülleimer
4. Konzept zu Schaffung öffentlicher Grill- und Feuerstellen mit entsprechenden Entsorgungsmöglichkeiten für Grillkohle und Abfälle.
5. Prüfung von Sport- und Freizeitangeboten (Fußballplätze, Basketballfelder, Tischtennisplatten, Fitnessgeräte) in den Park- und Grünanlagen, die bislang über keine bzw. ungenügend Angebote verfügen. Beispielsweise könnte die Festwiese vor dem RB-Stadion multimodal nutzbar gemacht werden.

Anträge K 12 – K 14 wurden zurückgenommen (erledigt mit Annahme K 11)

Antrag K 15

EinreicherIn: OV Südost

Beschlossene Fassung mit ÄA 01 (AK Stadtentwicklung & Umwelt und Jusos Leipzig)

Leipzig braucht eine nachhaltige Nachverdichtung - zur Verfügungstellung neuer und zur Aufwertung bestehender öffentlicher Flächen

Der Parteitag möge beschließen und an die Stadtratsfraktion weiterleiten:

Die Bevölkerung Leipzigs wächst seit einigen Jahren. Dies begrüßen wir als SPD Leipzig, da es klar zeigt wie erfolgreich unsere Politik in den letzten Jahren war. Doch gilt es nun mit dem dauerhaften Bevölkerungswachstum umzugehen. Das Bevölkerungswachstum ist ungleich verteilt und gerade innerstädtische Viertel sind auf Grund der Nachverdichtung - also der Baulückenfüllung - überproportional gewachsen. Eine steigende Bevölkerungszahl führt zu einer steigenden Bevölkerungsdichte. Als SPD Leipzig ist für uns klar: Die öffentliche Infrastruktur muss hierbei mitwachsen. Doch besteht diese nicht nur aus KiTas und Schulen, auch der zur Verfügung stehende öffentliche Raum wird von mehr Bürger*innen genutzt.

Öffentlichen Flächen, wie z.B. Gehwege, Sitzbänke, Parks, Grün- sowie Sportanlagen, sind bereits jetzt in vielen Stadtteilen von einer Übernutzung geprägt und werden zudem in der Folge schneller abgenutzt. Besonders deutlich wird dies in sehr dicht besiedelten Vierteln, in denen zugleich nur wenig öffentliche Flächen existieren.

Um den Mehrbedarf zu decken wird sich die SPD Leipzig für eine nachhaltige Nachverdichtung einsetzen, die sowohl umweltverträglich als auch sozial ist. Konkret soll eine Aufwertung des öffentlichen Raums als Ort der Gemeinschaft verstärkt in den Blick der Stadtentwicklung rücken. Dazu sollen die Aufwendungen der Stadt Leipzig deutlich steigen, um den Mehrbedarf an Instandhaltungen und neu zu schaffenden Angeboten im öffentlichen Raum zu decken. Viertel in denen pro Person weniger zugängliche öffentliche Flächen existieren gilt es durch zusätzliche Angebote - auf den vorhandenen Flächen - entgegen zu steuern. Zudem soll der Mehraufwand das generelle Angebot in allen Vierteln stärken.

Auch private Flächen sollen in die Aufwertung einbezogen werden. Die SPD Leipzig setzt sich in diesem Zuge für ein städtisches Anreizprogramm ein, dass zur sozialen und ökologischen Aktivierung von Leipzigs Innenhöfen führt. In Form sogenannter Innenhofgenossenschaften sollen bislang parzellierte Innenhöfe für die Anwohnergemeinschaft geöffnet und mit dieser gemeinsam gestaltet werden.

Weiterhin fordert die SPD Leipzig einen regelmäßig zu erstellenden Bericht der Stadt Leipzig zum Zustand des öffentlichen Raums. Dieser soll die Verteilung der pro Person zur Verfügung stehenden öffentlichen Fläche in jedem Viertel berichten und zudem dessen qualitative Beschaffenheit, also welche Angebote, wie z.B. Bänke, Sportanlagen, Rasenflächen usw. vorliegen. Datengrundlagen für diesen Bericht könnten z.B. Studien

des Umweltforschungszentrums Leipzigs sowie die mit den Quartiersmanagements erarbeiteten Stadtteilentwicklungskonzepte sein.

Antrag K 16

EinreicherIn: OV Mitte

Beschlossene Fassung mit ÄA 01 (Jusos Leipzig)

Förderung alternativer Wohnkonzepte

Der Parteitag möge beschließen und an die SPD-Stadtratsfraktion überweisen:

Der derzeitige Wohnungsmarkt ist geprägt von Mangel an preiswertem Wohnraum, einem Überangebot an luxuriös sanierten oder gebauten Häusern und Wohnungen und einer schleichenden Vertreibung nicht nur der Geringverdiener, sondern auch von Menschen mit durchaus guten Einkommen aus den Zentren unserer größeren Städte, so auch in Leipzig.

Auf dem Papier haben die Kommunen verschiedenste Gestaltungsrechte hinsichtlich Grundstücksgestaltung und Grundstücksnutzung. In der Praxis sind die Kommunen jedoch häufig die Unterlegenen, wenn es um das Geld geht.

Großflächige gestalterische Konzepte, die nicht nur die Lage und den Wohnwert berücksichtigen, sondern auch die gesamtgesellschaftlichen Aspekte wie Gentrifizierung, Verkehrsaufkommen, Bildungsangebote, steigender Bedarf an Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen usw. erfordern unter anderem ein Konzept für verschiedenste Wohnformen, das der Kreativität der Bewohner ebenso Raum lässt wie der hemmungslosen Spekulation einen nachhaltigen Riegel vorschiebt.

Daher fordern wir:

1. Die SPD-Fraktion im Stadtrat der Stadt Leipzig setzt sich dafür ein, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird:
 - Eine aktuelle Bestandsaufnahme von bisherigen alternativen Wohnkonzepten innerhalb der Stadt Leipzig vorzulegen.
 - Zu untersuchen inwieweit alternativer Wohnraum unterstützt werden kann und hierfür ein Konzept vorzulegen.
 - In die Erstellung der aktuellen Bestandsaufnahme und die Erstellung des Konzeptes inwieweit alternativer Wohnraum zukünftig unterstützt werden soll, gilt es, unter anderem das Netzwerk Leipziger Freiheit, Leipzig - Stadt für alle, HausHalten e.V., Haus- und WagenRat e.V. und Alternative Wohngenossenschaft Connewitz eG einzubeziehen.
Das erstellte Konzept gilt es regelmäßig fortzuschreiben und in das wohnungspolitische Konzept der Stadt Leipzig zu integrieren.
2. Insbesondere sollen auch (kleinere) Genossenschaften gefördert werden, um den sozialdemokratischen Genossenschaftsgedanken wieder in die Stadtbevölkerung zu tragen.

Antrag K 17

EinreicherIn: OV Leipzig-Südost
Beschlossene Fassung mit ÄA 01 und 02

Mehr Gehwegnasen für Leipzig

Der Parteitag möge beschließen:

Die Temperaturen des Sommers 2018 haben gezeigt, dass trotz zahlreicher Grünflächen im Stadtgebiet es wichtig ist, mehrheitlich auch in geringem Maße in allen Stadtgebieten und entlang von wichtigen Verkehrsachsen Grünoasen zu etablieren.

Dies kann beispielsweise dadurch gelingen, dass entlang von wichtigen Verkehrsachsen mehr Gehwegnasen im Straßenraum etabliert werden. Damit ist gemeint, dass an kleinen Kreuzungen der Gehweg bis an die Kreuzungen heran verlängert wird. Diese Ausbuchtung wird als „Nase“ bezeichnet. Wir fordern die SPD-Stadtratsfraktion dazu auf, in Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen ein konkretes Konzept zu erarbeiten.

Antrag K 18

EinreicherIn: OV Mitte
Beschlossene Fassung

Die Unabhängigkeit der Stadtbezirksbeiräte stärken

Der Parteitag möge beschließen **und an den Landesparteitag weiterleiten:**

Um die Unabhängigkeit der Stadtbezirksbeiräte gegenüber der Verwaltung zu stärken, sollen diese das Recht erhalten, ihre einzelnen Vorsitzenden frei aus ihrem Gremium zu wählen.

Die Stadtverwaltung entsendet weiterhin eine/n Repräsentant/in in den Stadtbezirksbeirat, der/die auch als Vorsitzende/r wählbar ist.

Antrag K 19

EinreicherIn: OV Mitte
beschlossen

Spielplatz im Zentrum-Ost

Der Parteitag möge beschließen:

Wir fordern einen öffentlichen Spielplatz für den Stadtteil Zentrum-Ost. Die SPD-Fraktion im Stadtrat soll dafür Initiative gegenüber der Verwaltung und im Stadtrat ergreifen.

Antrag K 20

EinreicherIn: OV Südost
beschlossen

Jugendzentrum für Liebertwolkwitz

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD Leipzig und die SPD-Stadtratsfraktion Leipzig setzen sich für die Einrichtung eines Jugendzentrums in Liebertwolkwitz ein.

Die Stadt Leipzig muss einen Ort für ein Jugendzentrum/Jugendclub bereitstellen. Auch muss durch die Stadt Leipzig eine ausreichend institutionelle Förderung zum Betrieb des Jugendzentrums ermöglicht werden.

Die Stadtverwaltung muss insbesondere im Rahmen der Haushaltsplanung für die Jahre 2021/2022 die entsprechenden Voraussetzungen schaffen.

Antrag O 1

EinreicherIn: Stadtvorstand

Beschlossene Fassung mit ÄA 01 (SPDqueer Leipzig)

Doppelspitze ermöglichen

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzung von § 6 1. des Statuts der SPD Leipzig:

Der Stadtvorstand besteht aus 15 Mitgliedern. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

- a. dem oder der Vorsitzenden, oder zwei gleichberechtigte Vorsitzende verschiedenen Geschlechts, davon eine Frau
- b. zwei gleichberechtigte Stellvertreter*innen verschiedenen Geschlechts“, davon eine Frau
- c. die/der Schatzmeister*in,
- d. die/der Schriftführer*in,
- e. in der verbleibenden Anzahl Beisitzer*innen.

und Ersetzung von § 7.2 des Statuts der SPD Leipzig:

Der/die Vorsitzende*r oder die Vorsitzenden oder im Falle ihrer Verhinderung eine/ein Stellvertreter*in oder ein von ihr/ihm beauftragtes Vorstandsmitglied - vertritt die Partei nach außen.

Antrag O 2

EinreicherIn: Stadtvorstand
Beschlossene Fassung mit ÄÄ

Parteiöffentlichkeit schafft Transparenz

Der Parteitag möge beschließen:

Ergänze nach § 1 Nr. 4 des Statuts der SPD Leipzig

5. Alle Gliederungen sowie AGs und Projektgruppen tagen mitglieder- und parteiöffentlich. Die Mitglieder- und Parteiöffentlichkeit kann durch Beschluss der jeweiligen Versammlung für einzelne Tagesordnungspunkte ausgeschlossen werden. Die Tagungstermine sind mitglieder- und parteiöffentlich, in der Regel durch Versand einer Einladung, bekannt zu geben. Den Gliederungen ist dann für die Einladung nur postalisch zu erreichender Mitglieder ggf. ein höheres Budget zuzuteilen.

Antrag O 3

EinreicherIn: Stadtverband
beschlossen

Streichung I

Der Parteitag möge beschließen:

Streichung von §7 Abs. 4 des Statuts der SPD Leipzig

Antrag O 5

EinreicherIn: Stadtverband
beschlossen

Breite Basisbeteiligung und Vielfalt in der Antragskommission

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetze § 4 Abs. 4 durch:

Die Antragskommission besteht aus den vom Stadtvorstand, von den Ortsvereinen und den von im Stadtverband tätigen und anerkannten Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen, Projektgruppen benannten Mitgliedern. Der Stadtvorstand benennt fünf Mitglieder. Jeder Ortsverein, jede Arbeitsgemeinschaft, jeder Arbeitskreis und jede Projektgruppe benennt jeweils ein Mitglied. Die zu benennenden Mitglieder sind dem Stadtvorstand in einer Frist von 8 Wochen vor einem ordentlichen Stadtparteitag zu melden. Im Fall eines außerordentlichen Stadtparteitages beträgt die Frist 4 Wochen.

Antrag O 6

EinreicherIn: Stadtvorstand
beschlossen

Fristen für außerordentliche Parteitage

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetze §4 Abs. 6 Satz 1 und 2 durch:

Ein außerordentlicher Stadtparteitag muss mindestens sechs Wochen vorher durch Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung, des Delegiertenschlüssels und eines Termin- und Fristplanes einberufen werden. Der Antragsschluss ist zwei Wochen vor dem außerordentlichen Stadtparteitag.

Antrag O 7

EinreicherIn: Stadtvorstand
beschlossen

Tagungsleitung Stadtparteitag

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetze §4 Abs. 7 Satz 1: "Stimmberechtigten" durch: "Parteimitgliedern"

Antrag Ü 1

EinreicherIn: SPDqueer Leipzig
beschlossen

Erinnerung an den Bürgerrechtler und queeren Aktivistin Eduard „Eddy“ Stapel.

Der Parteitag möge beschließen:

Die Fraktion der SPD im Stadtrat zu Leipzig soll darauf hinwirken, dass in dieser Legislaturperiode eine Straße oder ein Platz in Leipzig nach dem DDR-Bürgerrechtlicher und queeren Aktivistin Eduard Stapel benannt wird.

Antrag Ü 2

EinreicherIn: AK Christinnen und Christen Leipzig
beschlossen

Keine Fristverlängerung im Kirchenasyl - Rücknahme der verschärften Überstellungsfrist von 18 Monate (Dublin III-Verordnung)

Der Parteitag möge beschließen:

- 1.) Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen auf festzustellen:
 1. Kirchasyl erfolgte über Jahre in enger Abstimmung mit den Innenbehörden von Bund und Ländern und den Ausländerämtern.
 2. Eine Fristverlängerung im Kirchenasyl ist rechtswidrig.
 3. Eine im Kirchenasyl lebende Person ist weder flüchtig noch will sie sich durch Untertauchen aktiv der Abschiebung entziehen.
 4. Hausdurchsuchungen im Kirchenasyl engagierter Pfarrerinnen und Pfarrern sowie von kirchlichen Räumlichkeiten fördert nicht die bisherige Übung der Zusammenarbeit zwischen den Kirchen und dem Bundesinnenministerium (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge).
 5. Die SPD stellt sich der zunehmenden „Kriminalisierung“ von Geflüchteten im Kirchenasyl und der beteiligten Gemeinden entgegen.

- 2.) Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktionen auf, unverzüglich darauf hinzuwirken, dass:
 1. die Überstellungsfrist auf 18 Monate gemäß Dublin III-Verordnung für im Kirchenasyl lebende Personen zurückgenommen wird.
 2. das Bundesinnenministerium (BAMF), die Landesinnenministerien und die Ausländerämter zur ursprünglichen vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Kirchen im Rahmen der gemeinsam erarbeiteten Vereinbarung zurückkehren.

Antrag Ü 3

EinreicherIn: AK Christinnen und Christen Leipzig
beschlossen

Homosexualität ist keine Erkrankung – sogenannte Homoheilung (Konversionstherapien) verbieten

Der Parteitag möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf unverzüglich darauf hinzuwirken, dass:

1. sogenannte „Konversionstherapien“ - Pseudotherapien, mit denen die sexuelle Orientierung angeblich geändert werden können – sowie entsprechende Seminare, Heilungsgebetsveranstaltungen bzw. -angebote gesetzlich verboten und strafrechtlich verfolgt werden.
2. die öffentliche Aufklärungs- und Präventionsarbeit verstärkt und in die schulische Bildung, die berufliche Ausbildung, wie Hochschulausbildung entsprechend integriert wird.

Antrag Ü 4

EinreicherIn: OV Südost
beschlossen

Stärkung der Aufsichtsbehörden im Bereich des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit

Der Parteitag möge beschließen und an den Landesparteitag weiterleiten:

Die SPD-Abgeordneten im Sächsischen Landtag mögen sich dafür einsetzen, dass die Zahl der Beschäftigten in Aufsichtsbehörden für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit an den Landesdirektionen merkbar aufgestockt werden, damit diese ihren Kontrollaufgaben zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen und Verordnungen zum Schutze der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umfassend nachkommen können.

Antrag Ü 5

EinreicherIn: OV Mitte
beschlossen

Instrumente zur Verhinderung der Inflation der Mietpreise

Der Parteitag möge beschließen:

Bindungszeitraum im Konzeptverfahren

Bei der Schaffung von gefördertem mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum im Konzeptverfahren für kommunale Liegenschaften soll der Bindungszeitraum unabhängig von der Förderdauer mindestens 25 Jahre betragen statt wie bisher 15 Jahre.

Neues Instrument Anhandvergabe

Neben dem bisherigen zu überarbeitenden Instrument der Konzeptvergabe wird das Instrument der Anhandvergabe geschaffen. Die Anhandvergabe fördert die Beteiligung von Baugruppen (Genossenschaften und anderen Interessengemeinschaften), die jenseits privater Investoren agieren und den Wohnraum wahlweise selbst oder genossenschaftlich nutzen wollen.

Ziel ist dabei die Bereitstellung von langfristig preisstabilem Wohnraum. Oft sind solche Baugruppen von den bisher existierenden Konzeptverfahren ausgeschlossen, da Fristen zu knapp angesetzt werden und so Finanzierungsgrundlagen nicht geschaffen werden können. Kommunale Liegenschaften werden so bewusst dem Markt und der Spekulation entzogen zugunsten von Innovation und Ideenvielfalt.

Bei der Anhandvergabe bindet sich eine Kommune für die Dauer eines halben bzw. eines ganzen Jahres (und teilweise auch darüber hinaus), ein Verkaufsangebot für ein Grundstück an eine nach festgelegten Kriterien (Plausibilität, soziale Aspekte, Einfluss des Wohnprojektes auf das Quartier, beständige Wohnkosten, städtebaulicher Innovationsgehalt, nachvollziehbare Umsetzungsreife, Finanzierbarkeit sowie KooperationspartnerInnen) ausgewählte Wohnprojektgruppe aufrechtzuerhalten. Während dieser Zeit kann eine Gruppe von der Kaufoption Gebrauch machen. Diese zeitlich gestreckte Kaufoption ermöglicht es den Gruppen, sich intern abzustimmen, das Finanzierungskonzept zu entwerfen und die baulichen Planungen an das Grundstück anzupassen.

Ein weiterer Vorteil, der Wohnprojekten gewährt wird, besteht darin, dass die für den Grundstückskauf fällige Summe erst mit Erteilung der Baugenehmigung gezahlt werden muss. Der Verkauf zum Verkehrswert oder die Vergabe in Erbpacht statt zum Höchstgebot bedeutet für Wohnprojekte häufig eine finanzielle Entlastung.

Das Anhandgabeverfahren kann die Förderung von selbst genutzten Eigentumswohnungen wahlweise ein- oder ausschließen.

Konzept für Leipziger Mietendeckel

Die SPD Leipzig erstellt ein Konzept für einen Leipziger Mietendeckel bis zum nächsten Stadtparteitag. Dabei wird eine Zusammenarbeit mit der SPD Dresden angestrebt, um Synergien zu schaffen.

Antrag Ü 6

EinreicherIn: OV Mitte

beschlossen

Direkte Förderung für Eigentümer aller Einkommensklassen bei energetischer Gebäudesanierung

Der Parteitag möge beschließen:

Steuerermäßigungen für die energetische Gebäudesanierung, wie die Dämmung von Wänden und Dach und die Erneuerung von Fenstern, Türen und Heizung begünstigen nach den bisherigen Plänen laut Bundesrechnungshof vor allem Gutverdiener.

Damit Rentner und Bürger mit mittleren Einkommen, die ein Haus besitzen, auch profitieren können – ihnen fehlt häufig das Geld für den Kauf etwa einer Wärmepumpe anstelle ihrer alten Ölheizung – soll anstatt der Förderung über drei Jahre durch Abzug von der Steuerschuld eine direkte Förderung für Eigentümer aller Einkommensklassen umgesetzt werden.

Initiativantrag I 01

EinreicherIn: Jusos Leipzig

Beschlossen

Keine Zusammenarbeit mit der sogenannten „AfD“!

Antrag Ü 7

EinreicherIn: OV Südost
beschlossen

Änderung der Kommunalverfassung – Förderung der Demokratie

Der Parteitag möge beschließen und an den Landesparteitag weiterleiten:

die SPD-Landtagsfraktion beantragt, die Kommunalverfassung im Freistaat Sachsen so zu ändern, dass:

1. städtische Beschäftigte, die überwiegend körperlich arbeiten (z.B. Beschäftigte der Stadtreinigung und in Bauhöfen, Hausmeister), nach ihrer Wahl in ein Ehrenamt als Stadträtin / Stadtrat bzw. Gemeinderätin / Gemeinderat, dieses Amt ausüben können, ohne dazu ihre berufliche Tätigkeit aufzugeben oder ruhen zu lassen.
2. alle Beschäftigte kommunaler Eigenbetriebe nach ihrer Wahl in ein Ehrenamt als Stadträtin / Stadtrat bzw. Gemeinderätin / Gemeinderat, dieses Amt ausüben können, ohne dazu ihre berufliche Tätigkeit aufzugeben oder ruhen zu lassen.

Antrag Ü 8

EinreicherIn: OV West

Beschlossene Fassung mit ÄA 02

SächsLadÖffG ändern

Der Parteitag möge beschließen und an den Landesparteitag weiterleiten:

Die Leipziger SPD fordert die SPD-Landtagsfraktion zur Begrenzung der Ladenöffnungszeiten in Freistaat Sachsen am 24.12. von 6 bis 12 Uhr (statt bisher 14 Uhr) auf.

Gleichzeitig sollen sogenannte Spätis, die oft von Einzelunternehmer*innen geführt werden, den Ladenöffnungszeitenregelungen der Tankstellen gleichgestellt werden.

Dazu ist §3 Artikel 1 SächsLadÖffG entsprechend zu ändern. Ein entsprechender Antrag wird auch auf dem nächsten Landesparteitag gestellt.

Antrag Ü 9

EinreicherIn: OV Mitte

Beschlossene Fassung mit ÄA

Klimaschutz jetzt

Der Stadtparteitag möge beschließen und weiterleiten an den Landesparteitag der SPD Sachsen und Bundesparteitag der SPD:

Hiermit fordern wir, dass die SPD den **Klimawandel** als zentrale gesellschaftliche Herausforderung anerkennt. Ohne dies wird die langfristige Sicherung der Lebensgrundlagen aller nicht möglich sein.

Wir fordern, dass die SPD sämtliche Kräfte mobilisiert, um das definierte 1,5 Grad-Ziel (IPCC 2018) einzuhalten. Maßnahmen und Gesetze auf dem Weg dorthin müssen eng an (bereits existierende) wissenschaftlich-fundierte Maßnahmenkataloge gekoppelt sein und unmittelbar sowie nachhaltig Wirkung entfalten. Das heißt, die Maßnahmen müssen für alle Bundesministerien gesetzlich verpflichtend in eine jährlich fortlaufende und sich erhöhende Reduktion des CO₂ Ausstoßes der Bundesrepublik Deutschland ab 2019 münden. Und zwar nicht über Anreizsysteme, sondern für Industrie und Gesellschaft verpflichtende Maßnahmen:

Öffentlicher Personennah- und Fernverkehrs-Förderung muss deutlich über der finanzierten Infrastruktur des motorisierten Individualverkehrs liegen, Kohleausstieg bis 2030, Subventionsstop für fossile Energieträger, eine **180 €**-Steuer pro Tonne emittiertes CO₂ zur Finanzierung der durch CO₂-Emission entstehenden gesellschaftlichen Kosten (UBA 2019)/ eine Steuer je Tonne CO₂, die den tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten entspricht. Wir fordern eine zeitnahe Implementierung entsprechender Gesetze noch in 2019 - spätestens im ersten Quartal 2020 – die sozialverträglich gestaltet werden müssen, so dass für die untere Hälfte der Einkommen keine effektive Mehrbelastung entsteht.

Sollten diese Ziele mit aktuellen Koalitionspartnern nicht umgesetzt werden können, fordern wir den Ausstieg aus entsprechenden Koalitionen und das sofortige schmieden neuer Bündnisse mit geeigneten Partnern.

Wir fordern, dass bei der Umsetzung dieser Maßnahmen der Staat es allen Gesellschaftsschichten ermöglichen muss, sich entsprechend (ökologisch / klimaneutral) zu verhalten. Die Anpassungskosten auf dem Weg in eine klimaneutrale Gesellschaft sind dabei eine Gerechtigkeitsfrage, die Starken müssen mehr leisten als die Schwachen.

Unser Fokus liegt aber auf dem, was wir in unserer Stadt bewegen können, um zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels und des Pariser Klimaabkommens beizutragen. Die Stadt Leipzig hat den Klimanotstand ausgerufen und wird zu Beginn 2020 intensiv über Maßnahmen diskutieren, die notwendig sind, um Leipzig klimaneutral zu machen.

Dafür wollen wir Maßnahmen in unterschiedlichen Sektoren ergreifen.

Energie

- Wir unterstützen die Abkehr von der Fernwärme aus dem Kohlekraftwerk Lippendorf und den dafür notwendigen Bau eines Gaskraftwerks als Zwischenlösung. Langfristig muss die Wärme aus erneuerbaren Quellen bezogen werden. Ein Beitrag dazu ist die Nutzung der aufsteigenden Gase im Klärwerk Rosenthal zur Wärme- und Stromerzeugung.
- Der Anschlussgrad an das Leipziger Fernwärmenetz soll steigen, damit mehr Leipziger*innen an die effizienten zentralen Systeme angeschlossen werden.
- Wir werden die Produktion von Energie aus erneuerbaren Quellen in und um Leipzig erheblich steigern. Eine mögliche Abstandregel von 1000 Metern für Windkraft brauchen wir in Leipzig nicht. Auf Hausdächern sollen mehr Solarzellen errichtet werden. Die Stadt Leipzig soll auf ihren Gebäuden zur Vorreiterin werden.
- Wir wollen, dass die Stadt Leipzig und alle ihre Unternehmen und Beteiligungen auf regional produzierten Ökostrom umsteigen.

Mobilität

- Wir werden das vom Stadtrat beschlossene Nachhaltigkeitsszenario für die Zukunft der Mobilität in Leipzig beherzt umsetzen. Im Mittelpunkt steht die Verbesserung der Bedingungen für Straßenbahn, Bus, S-Bahn, Fahrrad und Fußverkehr. Konkret werden wir die Maßnahmen aus unserem Kommunalwahlprogramm umsetzen und in den nächsten Jahren insb. Gefahrenstellen für den Radverkehr auflösen, ein 365-Euro-Ticket auf den Weg bringen, eine Busnetzreform anstreben und die Planungen für den Ausbau des Straßenbahnnetzes vorantreiben.
- Kurze Wege sichern eine nachhaltige Mobilität. Deshalb stehen wir zum Ziel der doppelten Nachverdichtung und der Begrenzung des Flächenwachstums der Stadt in die Breite.
- Wir wollen die Zahl der Kurzstreckenflüge vom Leipziger Flughafen deutlich reduzieren. Dafür soll die Stadt Leipzig sich als Mitgesellschafterin des Flughafens dafür einsetzen, dass Flüge, deren Ziel in unter 4 Stunden mit der Bahn erreicht werden kann, nicht mehr abgefertigt werden.

Bauen

- Wir wollen die Gebäude in Leipzig weiter energetisch aufwerten, um den Energieverbrauch beim Heizen zu senken. Dazu wollen wir auch Instrumente zur energetischen Quartierserneuerung nutzen.
- Neubauten sind mit einem erheblichen Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß verbunden, vor allem wenn Beton als Baustoff verwendet wird. Bei großen Neubauvorhaben wollen wir daher in Zukunft auf einen Mindestanteil der Gebäude aus nachwachsenden Rohstoffen setzen.

Anträge A 29 (Willkommen Jan Böhmermann) und A 30 (Relaunch des Corporate Designs auf Bundesebene)

→ werden nach Abstimmung nicht behandelt

Antrag O8

EinreicherIn: SPDqueer Leipzig

Antrag geschlechtergerechte Sprache im Statut der SPD Leipzig

→ überwiesen an den Stadtvorstand Leipzig

Antrag O 9

EinreicherIn: Stadtvorstand
Beschlossene Fassung mit ÄA

Die SPD Leipzig neu aufstellen – Arbeitsprogramm 2020

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD hat auf allen Ebenen zuletzt schmerzhaftes Wahniederlagen hinnehmen müssen. Die unmittelbare Folge sind geringere finanzielle Ressourcen, weniger Repräsentation durch Mandatsträger*innen und damit auch weniger Hauptamt.

Gleichzeitig ist die Konkurrenz im Parteiensystem gewachsen, die Bevölkerung in den Stadtteilen wandelt sich schneller und die Wähler*innen entscheiden sich – gerade in Leipzig – zunehmend unabhängig von langfristigen Bindungen.

An diesem Punkt gilt es sich auf wahrnehmbare Schwerpunkte zu verständigen. Wir wollen die wachsende ehrenamtliche Basis aktivieren und zusammen mit anderen Akteuren der Stadtgesellschaft stärker in unsere politische Arbeit einbinden.

Positionierung

Die Arbeit des Stadtvorstands wird sich in 2020 wieder stärker auf die programmatische Arbeit konzentrieren und erste notwendige Weichenstellungen für die Kommunalwahl 2024 vornehmen. Basierend auf der Wahlauswertung der Kommunalwahl 2019 erfolgt eine Abstimmung mit den Ortsvereinen sowie den Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Projektgruppen, um Aufgaben und Verantwortungen zu klären und transparent zu machen.

Wir wollen so die Schlagkraft der politischen Arbeit und die Kampagnenfähigkeit verbessern und unsere lokale Verankerung stärken.

Um eine klare inhaltliche Positionierung für die Wähler*innen zu erreichen, wollen wir uns 2020 zusammen mit den Parteigliederungen und der Fraktion auf Grundpositionen und Schwerpunktthemen der SPD Leipzig verständigen und die Schnittmengen zwischen den einzelnen Teilen der Partei erhöhen. Damit sollen zugleich die Kompetenz und Sprachfähigkeit, wie die Wahrnehmung der SPD zu aktuellen Themen verbessert werden.

In der zweiten Jahreshälfte wollen wir beginnen unsere stadtweite Bündnisarbeit sowie allgemeine Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Leipzig auszubauen und auf ein neues Niveau zu heben.

Mitgliederentwicklung

Trotz oder gerade wegen der stürmischen Zeiten in der Sozialdemokratie haben wir einen Mitgliederzuwachs und die vielen neuen Genoss*innen wollen stärker mitmischen! Hierzu hat der Stadtvorstand in 2019 bereits mehr Bildungs- und

Diskussions-Veranstaltungen angeboten, das Kommunalwahlprogramm breit diskutiert und den Klein-Projektetopf „SPD in Aktion“ aufgelegt. Hierauf aufbauend wollen wir – mit neuen Ideen aus der Mitgliedschaft – weitere Impulse setzen.

Um den Austausch zwischen den Neumitgliederbeauftragten und best practice zu fördern, wird ein Leitfaden erstellt. Adressiert an alle Mitglieder wird es eine Info-Broschüre zu den Engagementmöglichkeiten innerhalb der Partei sowie in den kommunalen Strukturen geben, welche die Arbeitsweise der SPD mit ihren Statuten transparenter machen soll.

Die innerparteiliche Bildung mit Wahlkampf-Fittis und Thementreffen der Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Projektgruppen sollen in 2020 ausgebaut werden. Schließlich wollen wir beim Thema Gleichstellung endlich aufholen: Mit der Arbeit an einer paritätischen Besetzung der Kandidierendenlisten für die Kommunalwahl 2024, einer Umfrage zu Engagementhemmnissen für Frauen in der SPD und einer kommissarischen Begleitung der feministischen Arbeit seitens des Stadtvorstandes hin zur Erneuerung der AsF-Strukturen.

Die SPD Leipzig schreibt künftig zwei Antidiskriminierungsbeauftragte aus, wovon mindestens eine Person weiblich ist. Neben der Mitarbeit am Gleichstellungsbericht, in dem die Beauftragten über die gleichstellungspolitische Maßnahmen der SPD Leipzig und den Zustand der SPD Leipzig in Bezug auf Diversität berichten, stellen die Antidiskriminierungsbeauftragten unabhängige Ansprechpartner*innen für Betroffene von Diskriminierung dar. Zu diesem Zweck muss eine Kontaktmöglichkeit geschaffen werden, z.B. auf der Webseite der SPD Leipzig, um zu gewährleisten, dass die Beauftragten von Betroffenen erreicht werden können.

Weiterhin beraten die Antidiskriminierungsbeauftragten den Stadtvorstand der

Zur transparenten Abbildung der Aktivitäten des Stadtvorstands im Bereich der Gleichstellung, wird der Stadtvorstand künftig in Zusammenarbeit mit den Antidiskriminierungsbeauftragten einen Gleichstellungsbericht zu jedem ordentlichen Stadtparteitag vorlegen. Dieser Bericht umfasst mindestens den Geschlechteranteil innerhalb des Stadtverbands, des Stadtvorstands, der aktuellen Delegationen zum Landesparteitag, zum Landesparteirat und zum Stadtparteitag sowie innerhalb der OV-Vorstände und der Stadtratsfraktion. Weiterhin sollen alle Maßnahmen beschrieben werden, welche innerhalb des Stadtverbands hinsichtlich der Förderung von Frauen sowie anderer nicht-männlicher Mitglieder unternommen wurden, sei es zur Förderung von Kandidaturen für Parteiämter oder aber für öffentliche Mandate auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene sowie alle Maßnahmen, welche der Stadtverband hinsichtlich der Gewinnung neuer Frauen und anderer nicht-männlicher Mitglieder unternommen hat. Abschließend soll eine Empfehlung von Maßnahmen ausgesprochen werden, welche der Stadtverband künftig unternehmen sollte, damit unterrepräsentierte Gruppen, wie beispielsweise Frauen oder anderweitig nicht-männliche Personen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder Menschen ohne akademischen Abschluss, gezielt gefördert werden.

Die Ergebnisse des Gleichstellungsberichts sollen als Handlungsempfehlung die

Grundlage für die künftige Arbeit des Stadtverbands bilden und somit in künftige Arbeitsprogramme einfließen.

Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation

Wir wollen die Öffentlichkeitsarbeit der Leipziger SPD unter einem einheitlich wahrnehmbaren Auftritt bündeln und damit für die Bevölkerung leichter zugänglich Positionen und konkrete Themen der Sozialdemokratie vermitteln.

Dazu wird im Jahr 2020 eine engere Zusammenarbeit zwischen Stadtpartei und Stadtratsfraktion in Nutzung der Social-Media-Kanäle sowie Platzierung einzelner Themen des Kommunalwahlprogramms besprochen.

Die Einbindung der Stadtbezirks- und Ortschaftsräte sowie der Ausschussmitglieder zur besseren öffentlichen Wahrnehmung der vielfältigen Arbeit soll Bestandteil dieser Diskussion sein.

In regelmäßigen Treffen zwischen Stadtvorstand, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften und -kreisen soll eine engere Verzahnung der bisher selbstständigen Arbeit im Bereich der Sozialen Medien erfolgen, um Synergien zu heben und eine dringend notwendige größere Reichweite zu schaffen. Der Stadtvorstand wird zur effektiveren Nutzung von Facebook, Instagram und Twitter sowie für die Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit der Gliederungen ein Social-Media-Team gründen. Grundsätze für ein einheitliches Auftreten (Corporate Design) sowie die Nutzung aller Kanäle werden im Laufe des Jahres 2020 aufgestellt.

Organisation

Im Jahr 2020 soll ein „politischer Jahreskalender“ entstehen, der verlässlich und planbarer abbildet, wo und wann die SPD über welche Gliederung öffentlich in Erscheinung treten wird.

Wir wollen den Haushalt klarer an gemeinsamen Zielen ausrichten und mit den Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Projektgruppen über Zielvereinbarungen sprechen. Zudem sollen Wahltermine in den Gliederungen langfristiger angekündigt und ihre Ansprechpartner*innen und Termine transparent auf der Homepage erscheinen.

Eine weitere Öffnung unserer Strukturen und Arbeitsweise soll breite Partizipation ermöglichen, ist aber auch an Voraussetzungen geknüpft. Neben der Statutenreform wollen wir in Zusammenarbeit zwischen Stadtpartei und Ortsvereinen, Mandatsträger*innen und externen Partner nach Möglichkeit dezentral kleine neue Anlaufpunkte schaffen, in den Arbeitsmaterialien für lokale Aktionen vorhanden sind. In zentraler Lage werden wir Abstriche machen müssen, wollen aber den Zugriff auf einen Raum für Veranstaltungen für mindestens 50 Personen sichern.

Zukunftswerkstatt

Der Stadtvorstand organisiert in Vorbereitung des nächsten ordentlichen Parteitages gemeinsam mit den Mitgliedern des Stadtverbandes Leipzig eine Zukunftswerkstatt, die für den in 2020 neu zu wählenden Stadtvorstand Handlungsempfehlungen für die Zukunft der Leipziger SPD erarbeitet.

Kampagnenfähigkeit

Die Erstellung und Verfügbarmachung des Materialpools und den Aktionsfond „Leipzig in Aktion“ setzen wir fort. Wie in 2019 werden wir auf zentralen Kundgebungen präsent sein und für unsere Positionen und Partei selbstbewusst werben.

Wir möchten die Impulse aus Verbänden und der Zivilgesellschaft stärker aufnehmen und motivieren unsere Mitglieder diese einzubringen oder uns zu Ihren Vereinen und Initiativen einzuladen.

Konkrete, politische Forderungen wollen wir zusammen mit und in Initiativen über Mittel, wie Unterschriftensammlungen, gemeinsame Pressearbeit, lokale Aktionen und Fachhearings stärker nach außen tragen.